



# Tätigkeitsbericht 2024

Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM), Deutsche Sektion e.V.,  
Edisonstraße 5, 60388 Frankfurt/Main, [www.menschenrechte.de](http://www.menschenrechte.de)

## Tätigkeitsbericht 2024 im Rahmen der 53. Jahrestagung der IGFM am 30. März 2025 in Bonn

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Mitglieder, Freunde und  
Förderer der IGFM,

das Land mit der höchsten Zahl von  
Einzelmaßnahmen war 2024 erneut die  
Ukraine.

Wir unterhalten in Kiew ein Büro mit  
zehn Mitarbeitern, die die humanitären  
Hilfsmaßnahmen und die Verteilung  
der Güter koordinieren.

Fast alle ukrainischen IGFM-Mitarbeiter  
waren vor Ausbruch des Krieges als  
Juristen in Anwaltskanzleien



Michael Gahler MdEP mit IGFM-Vorsitzendem Edgar Lamm

### Inhaltsverzeichnis

Tätigkeitsbericht 2024	Seite 1
Gefangene des Monats 2024	Seite 7
Vorträge und Grußworte	
Michael Gahler MdEP	Seite 8
Detlef Seif MdB	Seite 9
Gabrielius Landsbergis	Seite 11
Erzbischof Maurice Hamsikh	Seite 13
Liusiena Zinovkina	Seite 13
IGFM-Medienpreis	Seite 14
Dr. Nabil Antaki	Seite 16
Karzan Noori	Seite 17
Dr. Lew Ponomarjow	Seite 18
Leonid Morozov	Seite 18
Sajid Christopher	Seite 19
Igor Eidman	Seite 19
Finanzbericht und Prüfvermerk	Seite 20
Impressum	Seite 20

en, bei Behörden oder Gerichten beschäftigt. Sie engagierten sich auch im Rahmen eines IGFM-Projekts zur Rechtsstaatsförderung, das vom BMZ finanziert wurde.

Als wegen des Krieges dieses IGFM-Projekt abgebrochen werden musste, entschieden sich die Mitglieder für einen Einsatz in der humanitären Hilfe.

Über 100.000 Menschen haben seit Kriegsbeginn humanitäre Hilfe der IGFM erhalten.

Wir fahren regelmäßig mit einem Kleintransporter in die Ukraine und überbringen Hilfsgüter, darunter medizinische Geräte, Klinikbedarf, Schulmaterial, Lebensmittel und Hygiene-Artikel. Zu Weihnachten wurden Geschenke für die Kinder überbracht.

Empfänger sind zum Beispiel die Caritas in der Grenzstadt Sokal und das Kinderkrankenhaus in Odessa.

Wir greifen häufig Schicksale auf, über die zuvor kaum berichtet wurde.

Ein Beispiel:

Dass in einem Krieg Soldaten gefangen genommen werden, ist wenig überraschend. Von russischen Truppen wurden aber auch ukrainische Zivilisten festgenommen und verschleppt. In den Gefängnissen erleiden sie Kälte, Dunkelheit, Elektroschocks, Vergewaltigung und Entmenschlichung.

Über 14.000 Zivilisten werden derzeit in den besetzten Gebieten der Ukraine und in Russland illegal in Gefängnissen festgehalten. Die IGFM ist mit Familien von Zivilgefangenen in Kontakt und setzt sich für deren Freilassung ein. Russland gibt keine Auskunft darüber, wo und wie viele Ukrainer inhaftiert sind.

Als Beispiel nenne ich **Liusiena Zinovkina**, Ehefrau des verschleppten ukrainischen Zivilisten Kostiantyn Zinovkin. Sie ist bei unserer Tagung zu Gast.

Dass die Ukraine nun Tag für Tag seit 3 Jahren von Russland angegriffen wird, ist schon schlimm genug. Aber dass



Referenten der IGFM-Jahrestagung

ihr nun die amerikanischen Regierung in den Rücken fällt, ist nur noch erbärmlich.

Wie gestern schon erwähnt: Wir stehen fest an der Seite der Ukraine.

Jetzt erst recht!

## Russland

Angesichts der unzähligen Menschenrechtsverletzungen in Putins Russland weiß man gar nicht, wo man anfangen soll.

Es ist bekannt, dass es in Russland zahlreiche politische Gefangene gibt. Weniger bekannt ist, dass es in Russland sogar minderjährige politische Häftlinge gibt. Wir haben den Fall des 16-jährigen Schülers **Arsenij Turbin** dokumentiert. Er wurde am 5. September 2023 unter dem Vorwurf der angeblichen „Teilnahme an einer extremistischen Vereinigung“ festgenommen. Ein Gericht stellte Arsenij zunächst unter Hausarrest. Am 20. Juni 2024 wurde er zu einer Haftstrafe von fünf Jahren verurteilt. Aktuell ist er in der Untersuchungshaftanstalt Nr. 5 in Moskau inhaftiert.

Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) hat Kenntnis von über 130 jugendlichen inhaftierten Kriegsgegnern.

Ein weiterer Fall:

Seit rund zwei Jahren ist der 16-jährige **Egor Balasejkin** in Haft. Der Vorwurf: „Terroristische Aktionen.“ Seine Eltern kämpfen verzweifelt um seine Freilassung. Obwohl er noch minderjährig ist, wurde er in einem Straflager für Erwachsene inhaftiert.

Mit diesem Fall haben wir es am 14. September 2024 sogar in das ZDF-Auslandsjournal geschafft:

<https://www.youtube.com/watch?v=SG-XJN5y68c>

Zu den Wesensmerkmalen einer Diktatur gehört bekanntlich das Fehlen einer unabhängigen Justiz. Auch Rechtsanwälte werden in ihrer Arbeit behindert oder inhaftiert, wenn sie politisch verfolgte vor Gericht verteidigen.

Die Rechtsanwälte Alexej Lipzer, Wadim Kobzjow, Igor Sergunin sind im Gefängnis.

Olga Michailowa, derzeit im Ausland, kann nicht nach Russland zurückkehren, weil dort ein Haftbefehl gegen sie wartet. Alle vier haben als Rechtsanwälte in Prozessen gegen den verstorbenen Oppositionellen Alexej Nawalny an seiner Seite gestanden.

Am 13. Oktober 2023 ordnete ein Bezirksgericht in Moskau Untersu-

chungshaft für Alexej Lipzer, Wadim Kobzjow und Igor Sergunin an. Der Anordnung gingen

Durchsuchungen ihrer Privat- und Büroräume voraus. Technische Geräte, Klienten-Akten, Dokumente und Geld wurden beschlagnahmt. Alle drei wurden einer Straftat nach Artikel 2 Absatz 282.1 des Strafgesetzbuches der Russischen Föderation beschuldigt, wonach sie an Aktivitäten einer von Nawalny gegründeten „extremistischen Gemeinschaft“ teilgenommen haben.

## IGFM besucht Litauen

Eine Delegation der IGFM besuchte im Juli 2024 die litauische Hauptstadt Vilnius und dort u. a. das Museum der Okkupation und des Freiheitskampfes, das KGB-Museum sowie den Friedenspark, wo nach 1990 Massengräber aus der Sowjetzeit gefunden wurden.

Während der kommunistischen Herrschaft waren die baltischen Staaten doppelt gestraft: Sie verloren nicht nur – wie alle anderen osteuropäischen Staaten – ihre Freiheit, sie verloren zudem ihre Eigenstaatlichkeit.

Heute sieht sich das Baltikum erneut der russischen Bedrohung ausgesetzt. Putin ist ein Revisionist, er möchte Grenzziehungen rückgängig machen.



Fotos erschossener litauischer Partisanen aus der 1950er Jahren



An der Wand des Museumsgebäudes wird an zahlreiche Opfer der KGB-Willkür erinnert



Die IGFM-Gruppe vor dem Museumseingang

Dabei beziehen sich seine Drohungen ausdrücklich auf ehemalige Sowjetrepubliken, also auch auf Estland, Lettland und Litauen. Die drei baltischen Staaten sind regelmäßig Opfer der von Russland ausgehenden hybriden Kriegsführung. Da werden auf wunderbare Weise Stromkabel in der Ostsee beschädigt oder es werden von Belarus gezielt Flüchtlinge über die Grenze getrieben.

Vor diesem Hintergrund wird die IGFM die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen im Baltikum in Zukunft noch verstärken. Wir sehen darin ein Zeichen notwendiger Solidarität.

Litauen ist auch seit Jahren Ziel unserer humanitären Hilfe. Die Arbeitsgruppe Wittlich hat 2024 wieder 10 Hilfs Transporte auf den Weg gebracht, die insbesondere den Menschen in den ländlichen Regionen zu Gute kommen. Seit 1991 hat die AG Wittlich damit insg. 215 Hilfstransporte für Litauen organisiert.

## Rumänien

Die IGFM-Arbeitsgruppe Fulda betreut seit 25 Jahren eines unserer **Schulprojekte**.

Durch die Übernahme von Patenschaften können rumänische Jugendliche die höhere Schule besuchen, statt wie ihre Eltern als Tagelöhner arbeiten zu müssen.

## Weitere Baltikum-Tagungen der IGFM seit 2015

### Projekte mit dem Bundesministerium des Innern

2015	Begegnung in Litauen	Der Beitrag der baltischen Staaten zur Europäischen Einigung
2016	Begegnung in Lettland	Die Deutsch-Lettische Zusammenarbeit
2017	Begegnung in Estland	Die Deutsch-Estnische Zusammenarbeit

### Projekte mit der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

2017	Zeitzeugengespräch	100 Jahre Kommunismus – 100 Jahre Oktoberrevolution
2022	Tagung	Das Baltikum während der sowjetischen Besatzung am Beispiel Lettlands

Momentan werden 22 Jugendliche auf ihrem Weg zum Berufsschulabschluss oder Abitur unterstützt, außerdem zwei Studenten.

Schulleiter, Schulsozialarbeiter, Pfarrer und die Leiterin der Brilaer Stiftung Lumina sind unsere langjährigen Vertrauenspersonen, die die Region gut kennen und uns Kinder aus Familien in besonderen Notlagen vorschlagen. Durch dieses Netzwerk vor Ort können wir junge Menschen vor dem vorzeitigen Ende ihrer Schullaufbahn bewahren.

Ich zitiere aus einem Bericht unserer AG Fulda:

„Ein Arbeitslaptop, eine monatliche Unterstützung für den Schulbesuch und die Sicherheit, dass unsere Hilfe auch im nächsten Jahr kommen wird – manchmal braucht es nicht viel, damit sich jungen Menschen aus bitterarmen Verhältnissen die Perspektive für eine bessere Zukunft eröffnet.“

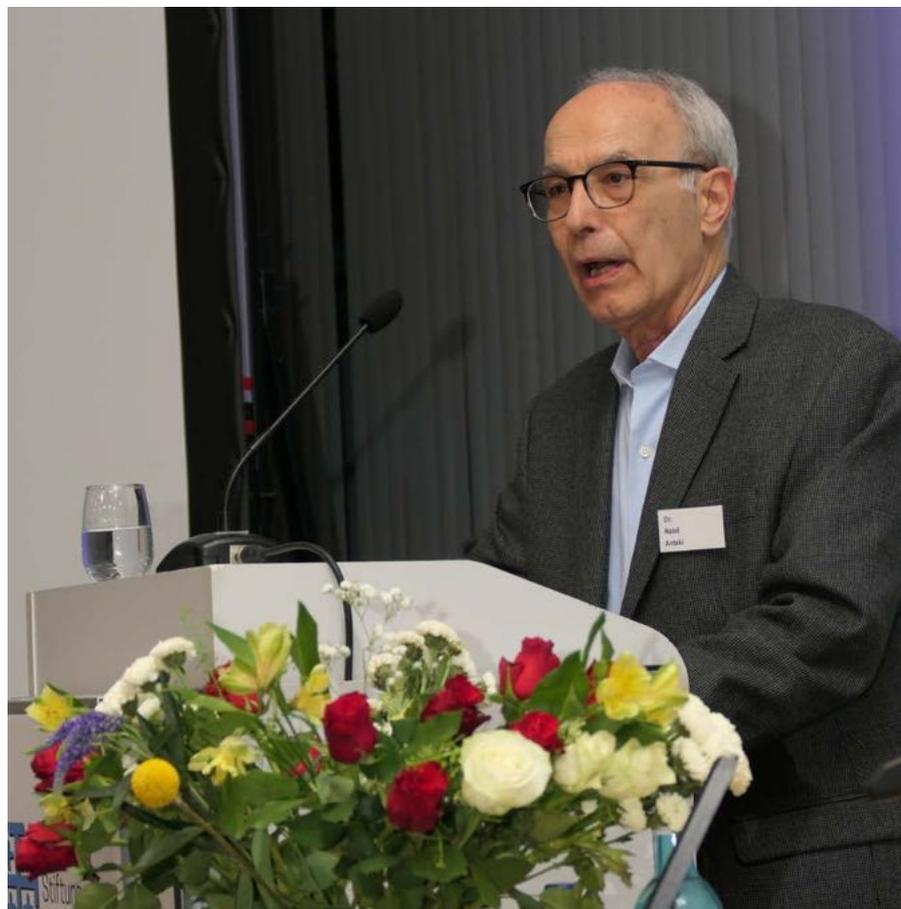
## Syrien

Hier waren wir sozusagen Just in Time tätig. Wir gehören zu den wenigen Menschenrechtsorganisationen,

die in dem geschundenen Land seit über 10 Jahren aktiv sind. Wir mussten nach dem Sturz von Diktator Assad Anfang Dezember 2024 nicht erst nach Kontakten im Land suchen, sondern wir haben dort langjährige Kooperationspartner. Dazu gehören die **Blauen Maristen**, eine katholische Ordensgemeinschaft in Aleppo, und der Syrisch-Orthodoxe Erz-Bischof von al-Hasaka im Nordosten Syriens, Maurice **Hamsiek**.

Die Maristen helfen den Menschen vor Ort unabhängig von deren Religionszugehörigkeit. Sie versorgen besonders bedürftige Familien mit Nahrungsmitteln. Am größten ist die Not bei Kleinkindern sowie bei alten Menschen, die keine Angehörigen haben. Wir haben noch im Dezember finanzielle Soforthilfe geleistet.

Es ist eine wahre Freude zu sehen, wie immer wieder Diktaturen völlig unerwartet und entgegen aller Prognosen plötzlich zusammenbrechen. Allerdings wechselt bedauerlicherweise manchmal nur die Farbe der Diktatur. Der eine Diktator geht, der nächste kommt. Die jüngste Entwicklung in Syrien ist in dieser Hinsicht wenig hoffnungsvoll.



Dr. Nabil Antaki, Blaue Maristen, Aleppo

Wir haben schon im Januar 2025 in einer Pressemitteilung darauf hingewiesen, dass sich die Lage der Christen und der Frauen im Land verschlechtert. Frauen werden aufgefordert, in der Öffentlichkeit das Kopftuch zu tragen. Das Schulsystem wurde bereits auf die strikte Befolgung islamistischer Regeln umgestellt. Mädchen, auch Angehörige nichtislamischer Minderheiten, müssen nun in der Schule ein Kopftuch tragen.

Wir dürfen uns von den Islamisten nicht täuschen lassen, wenn sie vorübergehend ein freundliches Gesicht machen.

## IRAK / Kurdistan

Seit 2014 ist die IGFM im Irak im Einsatz. Genau gesagt seit dem Überfall des IS auf die Jesiden im nordirakischen Kurdistan. Die IGFM leistete in den ersten Jahren praktische humanitäre Nothilfe für Flüchtlinge in registrierten sowie nicht registrierten Lagern. Schwerpunkt war die Unterstützung für behinderte Flüchtlinge.

Seit 2015 war die humanitäre Hilfe begleitet vom Aufbau von Nähstuben, um aus der IS-Gefangenschaft freigekommenen Jesidinnen einen Ort der Begegnung mit Frauen gleichen Schicksals zu bieten. Es folgte die Einrichtung von Alphabetisierungskursen für Frauen und Mädchen, die in den Jahren ihrer Gefangenschaft keinen Unterricht besuchen konnten.

Danach haben wir viele weitere Schulungen angeboten um den Horizont in Kultur, Sport und Sprachen zu erweitern. In jüngster Zeit haben wir den Schwerpunkt auf die **berufliche Qualifikation** gelegt.

Zu diesem Zweck haben wir 2024 beim **BMZ** eine Projektfinanzierung beantragt und erhalten, die genau in diesem Bereich der beruflichen Bildung und der Kleingewerbeförderung angesiedelt ist.

Das Projekt hat folgende Ziele:

- Stärkung, Wiederaufbau und Bleibeperspektiven für Binnenflüchtlinge
- Erwerb von unternehmerischen und handwerklichen Kompetenzen
- Sensibilisierung der Bevölkerung für Frauen in handwerklichen Berufen



Karzan Noori, Barzani-Stiftung, Irak

Wir sind dem BMZ außerordentlich dankbar für die großzügige Unterstützung dieses Projekts.

## IRAN

Die Menschenrechtslage im Iran hat sich im Berichtsjahr erneut drastisch verschlechtert. Wir berichten regelmäßig über die Entwicklung im sog. Gottesstaat. Die Monatsberichte finden Sie auf unserer Homepage.

Allein vom 20. November bis 20. Dezember 2024 wurden insgesamt 132 Menschen im Iran hingerichtet, was mehr als vier Hinrichtungen pro Tag entspricht.

Im Jahr 2024 wurden mindestens 883 Menschen in iranischen Gefängnissen hingerichtet, was einen Anstieg von 18 Prozent im Vergleich zum Vorjahr darstellt.

Unter den Opfern befand sich **Jamshid Sharmahd**, der am 28. Oktober 2024 hingerichtet wurde. Am ersten Tag des Jahres 2025 wurden mindestens 15 Gefangene in verschiedenen iranischen Gefängnissen hingerichtet.

Der Ehemann unseres Kuratoriumsmitglieds Nasrin Sotoudeh, Reza Khandan, wurde am 13. Dezember 2024 verhaftet und befindet sich seitdem im

Ganz praktisch werden die Kursteilnehmerinnen bzw. Teilnehmer unterrichtet im Bereich Elektroarbeiten, Schlosserhandwerk und Tischlerei. Die Ausbildung umfasst neben handwerklichen Kenntnissen auch die Grundlagen des Rechnungswesens, Kenntnisse der Geschäftsplanung, des Finanzmanagements und der rechtlichen Richtlinien für die Eröffnung eines eigenen Unternehmens in Irakisch-Kurdistan.

Die Zusammenarbeit mit der lokalen **Barzani-Stiftung** stellt sicher, dass die Ausbildung von Fachpersonal durchgeführt wird.

Die Auszubildenden erhalten sechs Monate lang eine kleine Ausbildungsvergütung in Höhe von 75 Euro pro Monat und nach erfolgreichem Abschluss eine kleine Gründungsbeihilfe in Höhe von 900 Euro.



Teilnehmer der IGFM-Jahrestagung

Evin-Gefängnis. Er hatte im Februar 2019 zusammen mit seinem Freund Farhad Meysami Broschüren mit der Aufschrift „Ich bin gegen das Kopftuch“ hergestellt.

Er wurde daraufhin wegen „Verschwörung und Absprache gegen die nationale Sicherheit“ zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Das Urteil wurde zunächst nicht vollstreckt. Nun musste Reza Khandan seine Haftstrafe antreten.

In den letzten Monaten häuften sich Berichte über Schikanen gegen Frauen ohne Kopftuch, den Hijab. Regimeanhänger filmen Frauen ohne Hijab. Die Videos werden über soziale Medien verbreitet. Staatliche Medien berichten über die Verhaftung der gefilmten Frauen. Auf diese Weise ermutigt das Regime seine Anhänger, gegen Frauen vorzugehen, die keinen Hijab tragen. Darüber hinaus wird über die Beschlagnahmung von Autos berichtet, wenn die Fahrerinnen kein Kopftuch tragen.

Ebenso wird über die Belästigung von Frauen ohne Kopftuch in der U-Bahn durch die Polizei berichtet.

## Pakistan

Die eifrigen Leser unserer Mitteilungen wissen es: In Pakistan arbeiten wir seit vielen Jahren. Der Grund ist, dass dort die christliche Minderheit – gerade einmal 2 % der Bevölkerung – regelmäßig diskriminiert wird.

Christen werden immer wieder der Gotteslästerung bezichtigt. Oftmals

kommt der Gotteslästerungsvorwurf in persönlichen Auseinandersetzungen, im Konkurrenzkampf oder in politischen Auseinandersetzungen auf.

Es geht niemals wirklich um Islamkritik, denn Angehörige der Minderheiten seien so erzogen, dass sie sich dazu auf keine Debatte einlassen. Grundlage für die Verfolgung sind die **Blasphemie**-Paragraphen 295 B und C des Strafgesetzbuches.

Die Schändung des Koran wird nach Paragraph 295 B mit lebenslanger Haft geahndet. Oder es wird in einem Gespräch ein Wort als abschätzige Bemerkung über den Propheten Mohammed ausgelegt. Diese angebliche Beleidigung ahndet das pakistanische Strafrecht nach Paragraph 295 C mit der Todesstrafe.

Zwei typische Beispiele:

7. August 2024

Die 32-jährige Christin Saima Farhad Gill aus Gojra (Provinz Punjab), zwei Kinder und verwitwet, wird von einem Mob bedroht und von der Polizei abgeführt, nachdem ihr Nachbar sie wegen Blasphemie angezeigt hat. Angeblich habe sie einen Koran zerfetzt, im Müll entsorgt und den Abfall vor das Nachbarhaus geworfen.

25. Mai 2024

Der 73-jährige Schuhproduzent Nazir Gill Masih, Lazar Masih genannt, wird mit Stöcken, Steinen und Tritten von einer aufgebracht Menge traktiert, selbst als der Christ schon regungslos am Boden liegt. Zuvor hat sich wie

ein Lauffeuer das Gerücht verbreitet, Seiten aus einer Koran Ausgabe seien im Müll vor seiner Werkshalle gefunden worden.

2. Juni 2024

Lazar Masih stirbt an den Folgen seiner Verletzungen.

Bevor es zum Schlimmsten kommt, organisieren wir zusammen mit unserer Partnerorganisation „**The Voice**“ rechtlichen Beistand. In besonders dramatischen Fällen verstecken wir die Verfolgten in sog. Safe Houses.

## Nigeria

Wir richten unser Augenmerk immer wieder auf Nigeria, weil es eines der schlimmsten Beispiele für Christenverfolgung ist. Die Christen Nigerias – immerhin etwa 40 Prozent der Bevölkerung – sind regelmäßig Opfer von Überfällen durch radikalislamische Banden.

Im Jahr 2024 gab es mehrfach Attacken radikalierter Gruppen, die einen sogenannten „Gottesstaat“ islamischer Prägung in Nigeria anstreben. Auch die Terrorgruppen Boko Haram und ISWAP (Islamischer Staat West-Afrika) verübten in dem bevölkerungsreichsten afrikanischen Land weiterhin Morde, Entführungen, Vergewaltigungen, Brandschatzungen und Raub.

Wir arbeiten in Nigeria eng zusammen mit unserem Kuratoriumsmitglied Professor Obiora **Ike**, der katholischer Priester ist. „Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht irgendwo in Nigeria Menschen, meistens Christen, durch radikalislamische Terrorgruppen gewaltsam zu Tode kommen“, schrieb er uns in einer seiner jüngsten Mails.

Seit 2005, als die IGFM erstmals vor Ort Opfer islamistischer Gewalt interviewte, helfen wir zusammen mit Prof. Ike Terrorüberlebenden. Wir helfen zudem im Norden des Landes Verletzten mit ärztlicher Versorgung und statten Flüchtlinge mit Alltagsbedarf aus (Matratzen, Kochgeschirr, Hygienepakete).

Weiter arbeiten wir in Nigeria zusammen mit dem Hilfswerk „Women Empowerment through Education“ (WETE), das auf die Initiative der nigerianischen Ordensfrau Dr. Mary Rose-Claret Ogbuehi zurückgeht. Die IGFM unterstützt sie seit vier Jahren.



Sajid Christopher, Human Rights Organization, Pakistan

## Staatlich geförderte IGFM-Projekte

### Stärkung, Wiederaufbau und Bleibeperspektiven für Binnenflüchtlinge in Kurdistan – Irak

Projektsumme 100.000,- €  
Förderung durch BMZ/Bengo  
Laufzeit 1.5.2024 – 31.3.2025

### Aufstände gegen Diktaturen am Beispiel Litauens

Projektsumme 9.500,- €  
Förderung durch Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur  
Laufzeit Juli 2024

### Wahrung des Rechts auf ein faires Verfahren vor dem Obersten Antikorruptionsgericht der Ukraine

Projektsumme 150.000,- €  
Förderung durch BMZ/Bengo  
Laufzeit 2025

### Medienakteurinnen Fortbildung

Projektsumme 90.000,- €  
Förderung durch Auswärtiges Amt (ÖPR)  
Laufzeit 1.6. – 31.12.2024

### 6-monatiger Schutzaufenthalt eines Menschenrechtsverteidigers (Kongo)

Projektsumme 28.000,- €  
Förderung durch Auswärtiges Amt (Elisabeth-Selbert-Initiative – ESI) / Institut für Auslandsbeziehungen  
Laufzeit 2024 / 2025

Der Schwerpunkt liegt bei diesem Projekt auf der Förderung von berufsbildenden Kursen. So erfreute sich im vorigen Jahr ein Kurs zum Erlernen des Schneiderhandwerks großer Beliebtheit.

Ich werde oft von Mitgliedern und Freunden gefragt, ob mich die jahrzehntelange Arbeit bei der IGFM nicht belastet. Ständig diese grauenhaften Berichte aus den schlimmsten Diktaturen auf dem Globus.

Und in der Tat: Todesurteile an unschuldigen Menschen im Iran, der russische Überfall auf die Ukraine, die fürchterlichen Entdeckungen in den syrischen Gefängnissen – das alles ist keine angenehme Feierabend-Lektüre.

Aber ob es mich belastet? Ich antworte dann immer, Nein, weil bei mir die Freude überwiegt, bei der Hilfe und Unterstützung von Verfolgten mitwirken zu können. Und das ist doch das Beste, was man tun kann.

Ich danke allen, die zum Erfolg unserer Arbeit beigetragen haben.

### Edgar Lamm

Vorsitzender  
Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM)  
Deutsche Sektion e. V.

## Gefangene des Monats 2024

Monat	Land	Name(n) und Geschlecht	Festnahme	Freilassung
Januar	Myanmar	Thian Lian Sang, m	16. September 2021	
Februar	Iran	Ismail Narimanpour	24. Dezember 2023	30. April 2024
März	China	Ding Zhongfu und Zhou Songlin – beide m	30. November 2023	
April	Pakistan	Fanson Shahid, m	16. März 2022	
Mai	Vietnam	Nay Y Blang, m	18. Mai 2023	
Juni	Eritrea	Fitsum Ghebrenigus, m	19. November 2004	
Juli	Pakistan	Simon Nadeem	18. Mai 2023	
August	Iran	Mina Khajavi Ghomi	Juni 2020	
September	Nicaragua	Marisela de Fátima Mejía Ruiz	17. Dezember 2023	5. September 2024
Oktober	Pakistan	Zwillinge Tabish und Yeshua Shahid	Ende August 2024	
November	Vietnam	Y Hriam Kpa	30. Juli 2015	
Dezember	China	Kan Xiaoyong und seine Frau Wang Fengying	20. Oktober 2021	

## Vorträge und Grußworte



**Michael Gahler, MdEP**

Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments

Wir sind in einer zweiten Zeitenwende. Nach dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 haben wir seit dem 20. Januar 2025 auf der anderen Seite des Atlantiks offensichtlich eine Zeitenwende, deren Schnelligkeit und Brutalität sich noch nicht voll entfaltet hat, aber die uns außerordentlich besorgen muss.

Und wenn wir hier bei der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte sind, darf ich mich zunächst für über 50 Jahre Ihrer Aktivitäten bedanken. Als junger Mensch, als Sie noch Gesellschaft für Menschenrechte hießen, habe ich schon aus der Ferne – ich bin aus Frankfurt; von daher war es nicht so weit zu ihrer Zentrale – auch ihre Publikationen privat aus Interesse gerne zur Kenntnis genommen. Und die Notwendigkeit, sich für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte einzusetzen, ist leider mit den Jahren mehr geworden.

Die große Wende 1989 – 90 in Europa hat leider nicht dauerhaft den Rechtsstaat, die Demokratie, die Freiheit und den Frieden verankert, sondern wir sind in außerordentlicher Weise jetzt herausgefordert. Man kann heute leider nicht mehr vom vereinten Westen reden, weil sich die gegenwärtige amerikanische Administration in nicht vorstellbarer Weise von diesen Prinzipien verabschiedet.

Ich bin gleichwohl zuversichtlich, dass die amerikanische Zivilgesellschaft, dass dieses großartige Land sich nicht

dauerhaft auf den trumpistischen Weg begeben wird, und gleichwohl haben wir jetzt, wenn ich richtig gerechnet habe, noch 3 Jahre 9 Monate und 21 Tage oder so, bis es dann vorbei ist, aber das sollte für uns nicht Gelegenheit sein, darauf zu warten.

Als ich vor drei Wochen auf dem Weg nach Kiev in Tschuhujiw gelandet bin, da waren nur noch vier Patriot-Abwehrraketen zu sehen, aber ansonsten war der gesamte Flughafen leer. Als ich früher in Tschuhujiw gelandet bin, war er voll mit amerikanischen Transportmaschinen, die an die Ukraine die Dinge geliefert haben, die die Ukraine braucht, und das war erschreckend zu sehen.

Angeblich läuft es zurzeit wieder, sagten mir polnische Freunde, also über Tschuhujiw wird wieder an die Ukraine geliefert; aber auch das kann von heute auf morgen zu einem Ende kommen. Ich sag's ganz deutlich: Wenn wir die Ukraine nicht als unsere erste Verteidigungslinie verstehen, diese 900.000 ukrainischen Soldaten die an der Front stehen, und wenn wir ignorieren, dass vielleicht hinter uns nicht mehr ein Amerika steht, das im Ernstfall Artikel 5 des NATO-Vertrages nachkommt, wenn wir das uns vorstellen, dann stünden wir im Augenblick als Europäer relativ nackt da. Das ist eine Situation, die wir nicht einfach so hinnehmen dürfen.

Als das Europäische Parlament zum ersten Mal 1979 direkt gewählt wurde, hatte es ja nicht sehr viele Kompetenzen im Gegensatz zu heute, so dass man sich mit Themen befasst hat, die nicht Gesetzgebung waren, und da lagen die Menschenrechte nah. Auch deswegen, weil 1979 die östliche Hälfte Europas unfrei war, und weil die kommunistischen Diktaturen damals den Anschein erweckten, sie wären unbesiegbar.

Wir hörten keine Perspektive, dass dort auch die Menschenrechte verwirklicht werden können. Damals war bereits die Gesellschaft oder später die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte gerade in diesem Bereich aktiv: Wir hatten ja seit 1975 auch den Korb 3 von Helsinki, das waren die Menschenrechte, die die Kommunisten damals nicht so ernst gemeint ha-

ben. Sie wollten ja vor allen Dingen den Status Quo erhalten, militärpolitisch in Europa, aber dieser Korb 3 das ist eine Referenz gewesen für die Gesellschaft für Menschenrechte, die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte später wie auch für das Europäische Parlament.

Es ist auf eine Initiative von Otto von Habsburg, der damals ins Europäische Parlament gewählt wurde, zurückzuführen, dass gleich von Anfang an ein symbolischer Stuhl aufgestellt wurde für die Völker, die noch nicht vertreten waren, und Anfang der 80er Jahre, auch auf dessen Initiative, hat sich das Europäische Parlament erstmals mit der Menschenrechtslage oder auch mit der völkerrechtlichen Lage des Baltikums befasst, was alle anderen nicht anfassen wollten. Ich glaube, dieses Erbe, was wir von Anfang an als Institution mit uns getragen haben, hat uns auch immer die Berechtigung gegeben oder auch den Anspruch auf Menschenrechte, auf Rechtsstaatlichkeit, und auch auf Durchsetzung, nicht nur auf anprangern, sondern auch auf das Durchsetzen dieser Menschenrechte zu bestehen.

Eines der Erben ist, dass wir in jeder Plenarwoche – Dringlichkeitsdebatte haben wir jeden Donnerstag in der Straßburg-Woche – drei individuelle Fälle von Menschenrechtsverletzungen, entweder von einzelnen, oder von einer Gruppe von Personen aufgreifen, um deren Fälle öffentlich zu machen. Wir haben viele Fälle, wo wir auf diese Art und Weise eben auch Menschen frei bekommen haben. Wir haben den jährlichen Sacharow-Preis für freie Rede im Europäischen Parlament, wo wir auch dort zusehen, dass Menschen freigelassen werden. Wir hatten vor zwei oder drei Wochen wieder Oleg Senzow im Europäischen Parlament und einmal, als wir den Sacharow-Preis zu einer Zeit verliehen hatten, als er noch in russischer Gefangenschaft war, weil er auf der Krim gegen die Besatzung dort agiert hatte.

Alle diese Fälle sind Fälle, die auch die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte immer wieder aufgegriffen hat. Dafür bin ich weiterhin sehr dankbar, und ich werde sie auch weiterhin politisch, im Rahmen des Mög-

## Vorträge und Grußworte

lichen, und es ist hoffentlich einiges möglich, auch weiter unterstützen.

Ich sage politisch ganz deutlich, solange hier Krieg herrscht, solange Besatzung herrscht, solange Menschen deportiert werden, werden wir auch nach irgendeiner Form des Waffenstillstandes diese Sanktionen nicht aufheben, sondern diesen Druck weiter aufrechterhalten müssen. Sonst wird Putin nach kürzester Zeit wieder tätig sein und Kampfhandlungen aufnehmen.

Wenn die neue Bundesregierung eine Haltung in Bezug auf Russland einnimmt, die heute bereits eingenommen wird von Polen von Litauen, Lettland, Estland, Finnland, Schweden, Dänemark, also von den Skandinavien und von den Balken und den Polen. Wenn das die deutsche Position wird, dann wird das die kritische Masse innerhalb der Europäischen Union sein, die dann auch tatsächlich diese entschlossene Haltung gegenüber Russland fortsetzt. Das ist meine Erwartung an eine neue Bundesregierung.

Wir haben in dem Zusammenhang auch als Europäisches Parlament gerade Belarus nie vergessen. Wir hatten vor kurzer Zeit auch eine größere Veranstaltung im Europäischen Parlament, auch Swjatlana Zichanouskaja ist da gewesen. Wir haben dieses Thema immer auf dem Bildschirm und setzen uns dafür ein, insbesondere auch, dass die Sanktionen, die gegenüber Russland gelten, eins zu eins auch gegenüber Belarus eingesetzt werden, denn wir haben verschiedene Bereiche, wo Sanktionen gegenüber Belarus nicht existieren, und dann werden Waren dorthin geliefert, die auch *dual use* sind, also die zivil und militärisch genutzt werden können.

Ich bin froh und dankbar der litauischen Regierung, der polnischen Regierung und allen denjenigen, die eben der organisierten Opposition hier eine Heimstadt gegeben haben, einen Aufenthalt ermöglicht haben. Ich bin froh und dankbar, dass sie das auch weiterhin tun, und dass vor allen Dingen systematisch auf den Tag hingearbeitet wird, auch durch entsprechende Vorbereitungen, dass an dem Tag, an dem es möglich wird, etwas Demokratisches zu organisieren, eben nicht von Null angefangen werden muss, son-

dern dass eine ausgebildete und vorbereitete Gruppe von Politikerin und Politikern in Belarus an diesem Tag, der sicher kommen wird, eine demokratische Zukunft für dieses Land beginnen kann aufzubauen.

Bei dem Thema Demokratie-Stützung ist der Wegfall der Mittel von USAID ganz beträchtlich, und auch der Stopp der Mittel für Radio Free Europe und Radio Liberty. Auch das ist ein herber Schlag für alle Demokratie-Aktivisten in den Ländern, die es betrifft.

Wir sind dabei für den Fall, dass tatsächlich diese Gelder dauerhaft wegfallen, das sind etwa 150 Millionen im Jahr für Radio Liberty und Radio Free Europe in Prag, wenn die tatsächlich dauerhaft wegfallen würden, im Rahmen der Europäischen Kommission, aber auch mit gleichgesinnten Ländern, wie Großbritannien, oder Kanada und andere, dafür zu sorgen, dass diese Freiheitsstimmen nicht verstummen, sondern weiter gefördert und unterstützt werden können.

Umso mehr ist es wichtig, dass wir ihre Arbeit auch weiterhin wertschätzen und unterstützen und dafür sorgen, dass sie überall dort, wo Sie tätig sind, aktiv bleiben können. Ihre Arbeit und unsere Arbeit, die wir auch vom Europäischen Parlament immer unterstützt haben, das ist der Bereich, der auch für die unmittelbare Zukunft gefördert werden muss, damit wir zu einer Situation kommen, dass die Gesellschaften in diesen Transformationsländern gestärkt sind und ihre Demokratie-Arbeit fortsetzen können.

Wir müssen die Ukraine weiterhin auch nach einem Waffenstillstand intensiv in allen Bereichen inklusive Waffenlieferungen unterstützen, damit sie auch weiterhin als erste Verteidigungslinie für uns zur Verfügung steht. Denn wie gesagt, ob die hinter uns stehenden Vereinigten Staaten dann auch noch hinter uns stehen, das wissen wir nicht. Da reicht der Zweifel, um uns zu motivieren, alles zu tun, um unsere Demokratien zu verteidigen, nicht nur verbal, sondern auch mit dem, was dafür nötig ist. Gemeinsam mit der Ukraine werden wir die Freiheit in Europa auch weiterhin verteidigen.

Slava Ukraini



**Detlef Seif, MdB**

Mitglied im Innenausschuss des Deutschen Bundestages

Meine Damen und Herren, ja liebe Freunde der IGFM und Förderer, ich habe nicht nur zurückgegriffen auf Unterlagen der IGFM, sondern ich war sogar vor ungefähr 40 Jahren Mitglied der IGFM. Da war es aber noch die Gesellschaft für Menschenrechte, und ich spiele mit dem Gedanken wieder zurückzukehren.

Mein Thema waren seinerzeit Menschenrechtsverletzungen in der DDR. Ich habe da auch die Überzeugung erlangt, und die ist auch immer gefestigter geworden, wie wichtig es ist, dass man gegen Menschenrechtsverletzungen weltweit vorgeht, dass man das nicht einfach nur geschehen lässt, dass man sich organisiert, dass man auch gemeinschaftlich unterwegs ist. Wir sehen dann: In Staaten, wo autoritäre Systeme tätig sind und Menschenrechte unterdrücken, kommt es ganz wesentlich auf die Zivilgesellschaften vor Ort an.

Sie machen den ersten Schritt, und sie machen bewusst, dass Menschenrechtsverletzungen stattfinden. Sie geben denen, die das Regime eigentlich unterdrücken will, die überhaupt nichts mehr sagen sollen, erst Stimme und Aufmerksamkeit weltweit. Es sind ganz viele Gruppen, auf die es ankommt: Es sind Journalisten, es sind Studenten, Menschen aus religiösen und ethnischen Gemeinschaften, und auch Frauen-Aktivistinnen. Sie sind der Kern der Menschenrechtsarbeit in diesen Ländern.

## Vorträge und Grußworte

---

Aber Sie können das nicht allein schaffen, sie brauchen starke Partner, weltweit starke Partner, die sie auch vor Ort unterstützen und ermutigen. Genau hier leistet die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte einen wichtigen und starken Beitrag. Sie dokumentieren Menschenrechtsverletzungen. Ich weiß aus meiner früheren Arbeit, wie wichtig das ist. Wir hatten sogar national eine „Zentrale Erfassungsstelle“ für Menschenrechtsverletzungen in der DDR. So etwas ist ganz wichtig, weil es bewusst macht, was vor Ort stattfindet, aber es bietet dann auch die Grundlage zur rechtlichen Aufarbeitung und zur Verfolgung.

Was aber ganz wichtig ist, und ich bin vorhin auch angesprochen worden von Teilnehmern und Teilnehmerinnen dieser Jahresversammlung der IGFM, dass man einzelne Verfolgte nicht allein lässt, sondern dass Patenschaften gegründet werden, und dass man Menschen, die verfolgt werden, auch unterstützt und ihnen hier auch in unseren Gesellschaften ein Gesicht gibt, und ständig drauf hinweist. Da werden autokratische Systeme schon nervös, wenn Sie wissen: Wir werden beobachtet, Einzelfälle sind im Fokus. Man ist da schon zurückhaltender, als wenn man wüsste, wir können schalten und walten, wie wir wollen.

Seit 2011 haben Sie politische Patenschaften, und letztlich schützen diese Patenschaften die Menschen vor Ort. Der Deutsche Bundestag, hier waren vorhin ja auch einige Kollegen bildlich dargestellt, unterstützen fraktionsübergreifend diese Patenschaftsinitiativen.

Die beeindruckenden Vorträge über die weltweite Menschenrechtssituation, denen ich gerade beiwohnen durfte, diese allein haben sich schon gelohnt. Vielen Dank, Herr Lamm, dass sie überhaupt den Impuls gegeben haben, dass ich heute hier bin.

Nach dem völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine herrscht mitten in Europa wieder ein brutaler Krieg. Es gibt eklatante Menschenrechtsverletzungen, Kriegsverbrechen, willkürliche Tötungen, Verstümmelungen, willkürliche Verhaftungen, Vergewaltigung, und Verschleppungen, das Auseinanderreißen von Familien.

Besonders perfide finde ich, wenn man ukrainische Kinder in Russland in die Zwangsadoption treibt. Da sieht man, wie menschenverachtend dieses System agiert. Da braucht man keine anderen Taten zu sehen. Allein das zeigt schon, dass dort jemand schaltet und waltet, den das Recht überhaupt nicht interessiert.

Das Engagement der IGFM zur Unterstützung der Opfer und Geflüchteten und zur Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen und vor allem Dingen auch zu humanitärer Hilfe kann meines Erachtens gar nicht hoch genug bewertet werden. Deshalb an dieser Stelle auch von mir persönlich vielen Dank für ihre Arbeit und Ihren Einsatz.

Ein eindrucksvolles Beispiel für mutige Kämpfer ist die iranische Frauenrechtsbewegung. Das sind Frauen wie Narges Mohammadi, die 2023 den Friedensnobelpreis erhielt. Die mutigen Kämpferinnen und Kämpfer setzen sich trotz massiver Repression für Freiheit und Gleichberechtigung ein.

Die katastrophale Menschenrechtssituation im Iran ist seit Jahren ein Schwerpunkt Ihrer Arbeit. Ich habe die Patenschaften schon angesprochen. Ich finde es sehr beeindruckend: Zurzeit mehr als 110 Patenschaften allein für iranische politische Gefangene, die Sie initiiert haben. Das ist ein starkes Zeichen gegen diesen Unrechtsstaat. Es ist erfreulich, dass nicht nur eine Zurückhaltung der Regierung, sondern dass in vielen Fällen durch Haft erleichterungen oder sogar durch Freilassung ein sichtbarer Erfolg erreicht wird.

Unser Thema ist heute der Einsatz gegen dieses Ausbauen, gegen dieses Erweitern dieser Systeme, die gegen Demokratien gerichtet sind. Herr Landsbergis hat das vorhin auf den Punkt gebracht: Wir alle wünschen Demokratisierung, die dann auch zur Folge hat, dass Menschenrechte im Allgemeinen installiert werden.

Wenn wir uns den arabischen Frühling vor Augen halten: Was war der Jubel groß, dass da jetzt eine Freiheitsbewegung kommt, dass Freiheitsrechte umgesetzt werden, dass Demokratie installiert wird. Doch wie hat das Ganze geendet!?

Wenn wir nach Syrien schauen: allein die Tatsache, dass Rebellen Diktatoren bekämpfen und eventuell sogar beseitigen, führt nicht zur besseren Zukunft, zur Verbesserung der Situation, und zu einer Achtung und Umsetzung von Menschenrechten; das müssen wir immer im Hinterkopf behalten.

Was den Iran betrifft, so ist für mich eines klar: Wir brauchen eine neue Iranpolitik, auch was die Revolutionsgarden angeht. Wir müssen sie endlich als das einstufen, was sie sind, nämlich als eine terroristische Organisation. Sie müssen im EU-Rahmen gelistet und auch sanktioniert werden. Ich glaube gerade mit Blick auf die Signalwirkung, die das hätte, ist dieser Schritt überfällig. Es wäre erstmals eine ganze staatliche Einheit von der EU als Terrororganisation gelistet. Ich persönlich werde da jedenfalls weiter mit Nachdruck dran arbeiten.

Und deshalb ist Ihre Arbeit auch unter diesem Aspekt so unwahrscheinlich wichtig, weil sie am Ende des Tages, auch bei der Fluchtursachenbekämpfung, einen erheblichen Anteil leistet. Wir sind alle als Sisyphus unterwegs: Viele von Ihnen machen seit Jahrzehnten Menschenrechtspolitik, rollen ständig den Stein nach oben, und wenn er dann oben ist, fällt uns auf, dass er eigentlich wieder unten ist und wir können von vorne anfangen. Diese Arbeit für Menschenrechte ist eine permanente Aufgabe, die niemals absolut der Lösung zugeführt wird.

Es wird immer Menschenrechtsverletzungen geben, und deshalb ist es so wichtig, dass es Organisationen wie die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte gibt, die das auch mit Nachdruck, permanent und wirklich in hervorragender Art und Weise bearbeitet.

Ein Thema, das uns ja auch in vielen Bereichen sehr bedrückt, ist mangelhafte Religionsfreiheit. Wir wissen: In 50% der Staaten wird Religionsfreiheit nicht gewährt, bzw. werden die, die Religionsausübung betreiben, in nicht zumutbarer Art und Weise unterdrückt oder eingeschränkt. Das trifft nicht nur für Christen zu, aber insbesondere auch, sondern auch für Anhänger anderer Religionsgemeinschaften.

# Vorträge und Grußworte

Sie dokumentieren auch hier die Realität, berichten darüber, und setzen sich für verfolgte Christen und Menschen anderen Glaubens ein, die in autoritären Systemen unterdrückt werden.

Auch für meine Fraktion, die CDU-CSU Bundestagsfraktion, ist das ein ganz wichtiges Thema. Deshalb wurde auf Initiative meiner Fraktion das Amt des Beauftragten der Bundesregierung für weltweite Religionsfreiheit geschaffen. Wir wollen dieses Amt in der neuen Wahlperiode unbedingt fortsetzen.

Es wird von der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte ein großer Beitrag geleistet, die Öffentlichkeit über die Lage der Menschenrechte im In- und Ausland zu informieren und zur Prävention von Menschenrechtsverletzungen beizutragen. Sie machen diese Arbeit hervorragend.

Seit über fünf Jahrzehnten setzen sie sich mit Entschlossenheit und in weiten Teilen auch sehr erfolgreich für Menschenrechte, Freiheit und Demokratie ein. Ihre Arbeit verdient großen Respekt und Anerkennung. Ich wünsche Ihnen weiterhin viel Erfolg bei Ihrer wichtigen Mission, und für die Jahrestagung ebenfalls einen guten Verlauf.

## Gabrielius Landsbergis

ehem. Außenminister Litauens

Liebe Freunde, Kollegen und Partner im Kampf für die Demokratie,

wir kommen zusammen, um zu besprechen, wie wir demokratische Bewegungen stärken und Autoritarismus überwinden können. Dies tun wir in einem kritischen Moment, nicht nur für die Ukraine, nicht nur für Osteuropa, sondern für die gesamte demokratische Welt.

Wir erleben eine wahre Zeitenwende, in der über die Zukunft der demokratischen Welt entschieden wird. Der globale Wettstreit zwischen offenen Gesellschaften und autoritären Regimen verschärft sich, und unsere Antwort, ob sie uns gefällt oder nicht, ist keine Option. Selbst wenn wir uns lieber abwenden würden, ist Neutralität kein Luxus, den sich die Demokratie leisten kann. Die Verteidigung der Freiheit ist unsere Pflicht und Verantwortung, ohne sie ist die Demokratie zum Scheitern verurteilt.

Litauen kennt diesen Kampf nur zu gut, nicht nur als ehemalige gefangene Nation des Sowjetimperiums, sondern auch als demokratischer Staat, der sich nach Jahrzehnten der Besatzung und Unterdrückung, neu aufbauen musste. Unsere Geschichte ist nicht abstrakt. Sie ist aktuell. Sie ist lebendig.

In unserem kollektiven Gedächtnis sind die Deportationen, das Verstummen unserer Sprache und unseres Glaubens, die Jahre, in denen unsere Souveränität verweigert und unsere Zukunft von außen diktiert wurde. Aber in dieser Erinnerung ist auch noch etwas anderes: ein entschlossener, geeinter Widerstand, der die Idee der nationalen Freiheit und der demokratischen Regierungsführung nie aufgegeben hat.

Und heute wage ich zu sagen: Die 70 % der Weltbevölkerung, die laut führenden Forschungsergebnissen heute unter autoritären Regimen leben, sei es in Belarus, in den besetzten Gebieten der Ukraine, in Moldawien, Georgien, Russland, Iran oder Venezuela, erleben im Wesentlichen das, was wir einst erlebt haben. Die Erfahrung Litauens lehrt uns, dass wir die moralische Verpflichtung haben, sie zu unterstützen. Als die Sowjetunion zusammenbrach, war Litauen bereit.

Wir waren nicht bereit, weil unsere Institutionen stark waren, sie waren demontiert worden. Wir waren bereit, weil unsere Gesellschaft ihren moralischen Kompass nicht verloren hatte. In Untergrunddruckereien, in Kirchen, in Klassenzimmern, in Exilgemeinden, wir hatten die Idee eines demokratischen Litauens bewahrt. Wir hatten eine Vision, wir waren geeint und, was entscheidend ist, wir hatten einen Plan.

Ja, autoritäre Regime stürzen, aber was danach kommt, ist nicht garantiert. Eine zusammengebrochene Diktatur hinterlässt ein Vakuum, und die Geschichte zeigt uns, dass die Demokratie es nicht automatisch füllt. Dies ist eine weitere wichtige Lehre, die wir den heutigen demokratischen Bewegungen mit auf den Weg geben: Widerstand gegen Autokratien ist für die Demokratie notwendig, aber nicht ausreichend. Autokraten zu stürzen bedeutet nicht, Demokratie aufzubauen. Dies erfordert Vorbereitung, breiten Konsens und demokratisches Engagement, bevor das Regime fällt, nicht danach.

Demokratie muss bewusst, inklusiv und strategisch aufgebaut werden. Forschung und Geschichte zeigen dasselbe Muster erfolgreicher Übergänge



IGFM-Ehrenvorsitzende Katrin Bornmüller und IGFM-Vorsitzender Edgar Lamm mit dem ehemaligen litauischen Außenminister Gabrielius Landsbergis

# Vorträge und Grußworte

vom Autoritarismus zur Demokratie, was in der Regel Folgendes erfordert:

Die erfolgreichsten Übergänge von einem autoritären System zu einer Demokratie finden dort statt, wo es Folgendes gibt:

- ein gemeinsames Verständnis von nationalem Zweck und nationaler Identität,
- Einigkeit unter den Oppositionskräften,
- eine klare und realistische Strategie für die Regierungsführung,
- und ein tiefes Bekenntnis zu demokratischen Regeln und Institutionen, auch wenn diese schwierig oder unbequem sind.

Dieses Bekenntnis zur Demokratie, nicht nur im Prinzip, sondern auch in der institutionellen Praxis, trug dazu bei, dass unser Übergang erfolgreich verlief. Und es ist ein Modell, das unserer Meinung nach auch heute noch relevant ist: von Kiew bis Minsk, von Tiflis bis Teheran.

Aber seien wir ehrlich: Der härteste Kampf heute ist nicht nur der gegen autoritäre Regime. Es ist auch der gegen Apathie, Müdigkeit und kurzfristiges Denken in unseren eigenen demokratischen Gesellschaften. Vergessen wir nicht: Die Verteidigung der Demokratie ist kostspielig. Sie erfordert politischen Willen. Sie erfordert schwierige Entscheidungen. Und sie bedeutet, standhaft zu bleiben, auch wenn andere vorschlagen, dass wir uns mit Aggressoren arrangieren oder die Beziehungen zu Regimen normalisieren, die unsere grundlegendsten Werte ablehnen.

Heute müssen wir dieselbe Widerstandsfähigkeit zeigen, nicht nur in unserer Region, sondern in allen demokratischen Gesellschaften. Denn jedes Mal, wenn wir zögern, gewinnt der Autoritarismus an Boden. Sprechen wir also Klartext, sowohl zu uns selbst als auch zu denen, die auf unsere Führung hoffen.

Freiheit verteidigt sich nicht von selbst. Selbst das Opfer von Tausenden Ukrainern wird nicht ausreichen, es sei denn, wir entscheiden uns dafür, die Demokratie gemeinsam zu verteidigen, und zwar nicht nur, wenn sie in unserem Hinterhof bedroht ist, son-

dern überall dort, wo sie gefährdet ist. Die Demokratie wird sich nicht von selbst wieder aufbauen, nachdem der Autoritarismus zusammengebrochen ist. Einigkeit entsteht nicht zufällig, sie muss geschmiedet, aufrechterhalten und geschützt werden.

Deshalb muss unsere Unterstützung für demokratische Bewegungen über symbolische Erklärungen hinausgehen. Wir müssen ihnen helfen, sich darauf vorzubereiten, nicht nur Widerstand zu leisten, sondern auch zu regieren. Wir müssen in Bildung, institutionelle Reformen, Übergangsjustiz und die Zivilgesellschaft investieren, damit diejenigen, die für die Freiheit Opfer gebracht haben, bereit sind, zu gegebener Zeit mit Legitimität und Zielstrebigkeit zu führen. Am wichtigsten ist, dass wir zeigen, dass wir nicht nur an unsere Werte glauben, sondern auch bereit sind, für sie zu kämpfen.

Litauens Weg, von der Besatzung über die NATO und EU-Mitgliedschaft bis hin zu einem demokratischen Staat unter Gleichen, ist der lebende Beweis dafür, dass ein demokratischer Wandel möglich ist. Aber er beweist auch etwas anderes: Demokratie ist kein Ziel, sie ist eine Disziplin. Und diese Disziplin muss geübt werden, in Friedens- und Krisenzeiten, in Regierungsgebäuden und auf Dorfplätzen, über Kontinente und Generationen hinweg.

Heute ist der Kampf für die Demokratie für viele eine Frage des Prinzips. Für kleinere Nationen wie Litauen ist er aber auch eine Frage des Überlebens. Wir können nur in einer Welt existieren, uns entwickeln und unsere Identität pflegen, in der das Recht und nicht die rohe Gewalt regiert. Nur in einer Weltordnung, die auf demokratischen Regeln basiert, können kleine Staaten frei und souverän bleiben.

Es mag verlockend sein, mit Autokraten zu verhandeln, die die Illusion von Stabilität oder wirtschaftlichem Gewinn vermitteln. Aber ihre Logik ist nicht Frieden, sondern Herrschaft.

Autoritäre Regime halten sich nicht an Regeln, sie versuchen, sie neu zu schreiben. Sie tolerieren keine Unterschiede, sie wollen sie beseitigen. Mit einer Weltanschauung, die Koexistenz als Schwäche ansieht, kann man

keinen dauerhaften Frieden schaffen. Deshalb ist Frieden mit einem Autokraten kein Frieden, er ist nur eine Pause im Kreislauf der Unterdrückung. Und in diesem Kampf gibt es nichts Mächtigeres als das Wissen, dass man nicht allein ist.

Wenn die Menschen in der Ukraine, in Belarus, Syrien, Myanmar und anderen Ländern die härtesten Tage ihres Kampfes durchstehen, müssen sie wissen, dass sie nicht vergessen sind. Litauens Widerstand nach dem Zweiten Weltkrieg war nicht vorüber, er hielt an. Er hielt an, weil es eine starke Symbiose zwischen unserem inneren Kampfwillen und dem Wissen gab, dass die freie Welt uns nicht im Stich gelassen hatte. Diese Solidarität war wichtig. Sie gab Kraft. Sie hielt den Mut aufrecht. Sie hielt die Flamme am Leben.

Heute befinden sich die Ukrainer in genau derselben Lage: Sie haben den Willen zu kämpfen, aber sie brauchen dringend die Gewissheit, dass die freie Welt an ihrer Seite steht. Lassen Sie uns diese Gewissheit schaffen, nicht mit Worten allein, sondern mit Taten, die lauter sprechen als Versprechen.

Und zum Abschluss sollten wir uns an die Worte von Pastor Martin Niemöller erinnern, die er nach den Schrecken des Zweiten Weltkriegs schrieb:

*„Zuerst holten sie die Kommunisten ab, und ich habe geschwiegen, denn ich war kein Kommunist.*

*Dann holten sie die Gewerkschafter ab, und ich habe geschwiegen, denn ich war kein Gewerkschafter.*

*Dann holten sie die Juden, und ich schwieg, denn ich war kein Jude. Dann holten sie mich, und es war niemand mehr da, der für mich sprechen konnte.“*

Heute klingen diese Worte erschreckend wahr. Während Russland ukrainische Städte bombardiert, Kinder deportiert und versucht, den Willen einer Nation auszulöschen, dürfen wir nicht tatenlos zusehen. Denn wenn wir jetzt schweigen, gibt es vielleicht morgen niemanden mehr, der für uns spricht.

Lassen wir uns nicht täuschen. Lassen wir uns nicht entmutigen. Und las-

## Vorträge und Grußworte

sen wir uns nicht spalten. Die Fackel der Freiheit brennt noch. Tragen wir sie gemeinsam mit Mut, mit Klarheit und mit einem Plan.

Slava Ukraini!



### Maurice Hamsikh

Syrisch-orthodoxer Erzbischof von Dschazira und Hasaka, Syrien

Ich sende Ihnen herzliche Grüße von der syrisch-orthodoxen Gemeinde Al-Hasaka. Ich freue mich sehr über das Wiedersehen mit Bruder Khalil Al-Rascho, der uns im Namen der IGFM besucht. Wir schätzen und respektieren diese Organisation für ihre kontinuierliche Unterstützung der Bedürftigen, der Armen, Witwen und Waisen sowie der Menschen mit Behinderungen.

Ich möchte Ihrer Organisation noch einmal meinen herzlichen Dank aussprechen für Ihre wertvolle Arbeit im Dienst der Menschheit und der Gemeinschaft überall, vor allem unter den schwierigen Umständen im Nahen Osten.

Anlässlich der 53. Jahresversammlung der IGFM wünschen wir Ihnen allen einen gesegneten und friedvollen Abend. Möge Gott Ihnen helfen, den Völkern des Nahen Ostens mit Liebe, Mitgefühl und Barmherzigkeit zu begegnen – insbesondere den Bürgern Syriens in Anbetracht der Umstände, in denen wir nach dem Sturz des früheren Regimes leben. Wir hoffen, dass Sie weiterhin Ihre Augen für den Schutz und die Unterstützung von Minderheiten unseres syrischen Vol-

kes öffnen, darunter Christen, Yesiden, Alawiten und Drusen. Alle Syrer brauchen mehr denn je materielle und moralische Unterstützung.

Insbesondere die große Welle von Vertriebenen aus anderen Teilen der Region stellt uns vor Herausforderungen, die die Möglichkeiten unserer Kirchengemeinde übersteigen. Doch wir hoffen von Herzen, dass wir mit Ihrer Unterstützung ein Lächeln auf die Gesichter der vielen Menschen zaubern können, die Zuflucht in unserer Region suchen.

Ich bitte Gott, die IGFM zu segnen. Möge Gott unsere Brüder und Schwestern segnen, die diese Organisation leiten und in ihr tätig sind. Möge der Herr Ihre Familien und Kinder segnen und sie vor allem Unheil und Krankheiten bewahren. Lasst uns in Sicherheit und Frieden leben in einer Gesellschaft geprägt von Stabilität und friedlichem Miteinander.

Ihr Freund und Erzbischof  
Maurice Hamsikh



### Liusiena Zinovkina

Ehefrau des entführten Kostiantyn Zinovkin

*„Sie nehmen einem alles weg – die Freiheit, und manchmal sogar das Leben.“*

Guten Tag, mein Name ist Liusiena Zinovkina. Heute möchte ich ein Thema ansprechen, das leider zu wenig Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit erhält, obwohl sein Ausmaß überwältigend ist. Ich spreche von den zivi-

len ukrainischen Gefangenen. Es geht nicht um Kriegsgefangene, sondern um Zivilisten, die von Russland illegal festgenommen oder vielmehr in den besetzten Gebieten entführt werden.

Ich muss mich seit zwei Jahren mit diesem Thema beschäftigen, da mein Mann Kostiantyn zu denjenigen gehört, die auf gewaltsame Weise von Russland entführt und wegen fiktiver Verbrechen vor Gericht gestellt wurden. Mein Mann und ich haben den Krieg in verschiedenen Städten erlebt – ich in Kyiv und er in unserer Heimatstadt Melitopol, die 2022 in den ersten Tagen vom russischen Militär besetzt wurde.

Da es sinnlos und gefährlich für mich war, in die besetzte Stadt zurückzukehren, und die russischen Truppen bereits in der Region Kyiv vorrückten, wurde ich nach Deutschland evakuiert. Es war sehr beängstigend und nichts war klar, aber mein Mann sagte: „Wir müssen unsere Chancen verdoppeln. „Wenn wir an verschiedenen Orten sind, wird einer von uns auf jeden Fall überleben.“ Seitdem lebe ich in Berlin und lerne Deutsch, was gar nicht so einfach ist, muss ich sagen. In der Ukraine habe ich ein Studium als Sozialarbeiterin gemacht und jetzt arbeite ich als Familienhelferin.

Kostiantyn ist in unserer Heimatstadt geblieben, weil er seine alte Mutter und Großmutter nach einem Schlaganfall nicht verlassen wollte. Wir haben am 11. Mai 2023 zum letzten Mal mit ihm telefoniert, und am 12. Mai hat er unsere Wohnung verlassen und ist nicht mehr zurückgekommen. Stattdessen kamen drei unbekannte Männer in unser Haus, durchsuchten die gesamte Wohnung, nahmen alle Dokumente, Geld, Schmuck, Auto, Werkstatt- und Datscha-Schlüssel mit. So läuft das in den besetzten Gebieten.

Wenn man mit der „Befreiung“, wie Putin sie stolz nennt, nicht einverstanden ist, verschwindet man und sie nehmen einem alles weg. Sie nehmen einem das Wichtigste weg – die Freiheit, und manchmal sogar das Leben.

Es ist unmöglich, die genaue Zahl der zivilen Gefangenen zu ermitteln, derzeit sind es etwa 16.000. Es sind Ukrainer, die gegen die Besatzung wa-

# Vorträge und Grußworte

ren, die nicht über die „russische Welt“ erfreut waren, die für ihre Freiheit und Unabhängigkeit gekämpft haben. Sie sind zu Demos mit blau-gelben Flaggen gegangen, sie haben feindliche Militärfahrzeuge mit bloßen Händen gestoppt, Verbrechen gefilmt, die von russischen Soldaten begangen wurden, waren Freiwillige, haben Menschen geholfen, aus den besetzten Städten zu fliehen, brachten humanitäre Hilfe.

Die Russen wollten Kostiantyn lächerlich machen, als sie ihn im Oktober 2023 im russischen Fernsehen gezeigt haben und ihn „kranken Menschen“ und „Zombie“ genannt haben. Er hat ihnen im Fernsehen ins Gesicht gesagt, dass Russland ein terroristisches Land ist und die Ukraine unabhängig ist. In diesem Propagandavideo sehen wir jedoch keinen gebrochenen Mann, sondern einen willensstarken, unbeugsamen Ukrainer, der auch in russischer Gefangenschaft weiter Widerstand leistet.

Dafür hat Russland ihn des Terrorismus beschuldigt. Sie behaupten, er habe gestanden, jemanden in die Luft sprengen zu wollen. Ich habe keinen Zweifel daran, dass der FSB ihn unter Druck und schrecklicher Folter zu einem Geständnis gezwungen hat. Er wurde im November 2024 vor ein Militärgericht in Rostow-am-Don in Russland gestellt. Er hatte bisher drei Anhörungen. Russen nennen es einen Prozess, bringen einige Zeugen und Opfer, machen alles „nach dem Gesetz“. Ich nenne das einen absurden, zynischen Schauprozess und ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Und in diesem Moment dachte ich an meinen Mann, der seit zwei Jahren in einem russischen Gefängnis psychischer und physischer Gewalt ausgesetzt ist. Er hat keine Möglichkeit, um Hilfe zu rufen. Niemand kann ihn dort beschützen. Er steht unter ständiger Videoüberwachung. In seiner Zelle bleibt das Licht Tag und Nacht eingeschaltet.

Für 24 Personen gibt es nur 8 Betten. Jede Sekunde können Gefängniswärter in die Zelle stürmen und tun, was sie wollen – oder was ihnen befohlen wird. Wie fühlt sich mein Mann also? Und wie lange wird er das noch durchhalten?

Ich bitte um Ihre Hilfe. Die zivilen Gefangenen müssen stärker thematisiert werden. Menschen werden gefoltert, psychischer und sexueller Gewalt ausgesetzt. Russland versucht, sie zu brechen. Und die Welt verschließt weiterhin die Augen.

## Verleihung des IGFM-Medienpreises an

### Iman Sefati

BILD-Zeitung, Berlin

#### Laudatio Michael Leh, Mitglied des Vorstandes der IGFM:

*„Der Mut, hinzusehen, wenn andere wegsehen“*

Am 29. März 2025 verlieh die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) ihren Medienpreis an den BILD-Reporter und Videojournalisten Iman Sefati. Die Auszeichnung würdigt seinen herausragenden Mut bei der Dokumentation islamistischer und antisemitischer Vorfälle auf deutschen Straßen, insbesondere seit dem terroristischen Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023.

Iman Sefati stammt aus dem Iran, er wurde 1985 in Teheran geboren. Sein Vater Akbar Sefati war im Widerstand gegen das Mullah-Regime und wurde deshalb von diesem 1988 im Alter von 35 Jahren hingerichtet.

Iman Sefati schrieb über seinen Vater:

*„Der sogenannte ‚Prozess‘ dauerte nur wenige Minuten. Mein Papa durfte sich nicht verteidigen, hatte keinen Anwalt. Er wurde zum Tod verurteilt und erschossen. Um seine Leiche zu bekommen, musste meine Familie sogar den*

Preis für die Gewehrkugel bezahlen, mit der mein Vater erschossen wurde. Er wurde nur 35 Jahre alt.“

Es ist eine tragische Geschichte, so wie es für Iman furchtbar gewesen sein muss, auf solche Weise seinen Vater zu verlieren.

Sefati ist heute Reporter im Video-Ressort der BILD-Zeitung in Berlin. Der stellvertretende Chefredakteur von BILD, Paul Ronzheimer, der insbesondere als Kriegsberichterstatter unter anderem aus der Ukraine, aus Israel und dem Libanon bekannt wurde, widmete am 10. Januar 2024 eine seiner Podcast-Folgen einem Gespräch mit Iman. Der Podcast trug den Titel: „Auf deutschen Straßen. Inside Islamisten-Demos. Mit Iman Sefati“.

Im Vorspann hieß es unter anderem:

„Iman Sefati begleitet seit dem 7. Oktober 2023 (dem Tag des Massakers an 1.200 Juden und anderen Opfern durch Hamas-Terroristen in Israel) fast jede Demonstration in Berlin, mischte sich unter Islamisten, zeigte sich mit Anti-Hamas-Symbolen. Sefati deckte in den vergangenen Wochen mit seinen Videos immer wieder auf, was wirklich auf deutschen Straßen gegen Israel gesprochen wurde. Paul Ronzheimer redet mit Iman Sefati über seine Motivation, wie gefährlich es für ihn persönlich ist und wie er den Antisemitismus unter Muslimen einschätzt. Ein Gespräch mit einem Reporter, der immer wieder zu den Demos geht, obwohl seine Familie und er mittlerweile selbst offen bedroht werden.“

Sefati wurde auch schon mit einem Messer bedroht und kann sowieso oft nur unter Polizeischutz arbeiten. „Warum“, fragte Ronzheimer ihn, „bist Du so verrückt, dass Du da auf die



Verleihung des IGFM-Medienpreises an Iman Sefati

# Vorträge und Grußworte

Straßen gehst und Dich dieser Gefahr aussetzt?“ Sefati antwortete: „Ich kam aus einem Land, wo man Frauen und Kinder in Gefängnisse steckt, sie auf schreckliche Art misshandelt. Homosexuelle und Andersgläubige werden hingerichtet. Die iranische Regierung unterstützt terroristische Organisationen wie Hamas und Hisbollah. Für mich war wichtig, durch meine Berichterstattung auf Youtube und auch auf Twitter der Welt zu zeigen, wie gefährlich diese Demos hier sind und wofür diese Menschen hier wirklich auf die Straßen gehen.“

Dieses Geschehen in Berlin hatte dabei schon einen jahrelangen Vorlauf, der aber einer breiteren zum bundesweiten Öffentlichkeit meist verborgen blieb. Denn über Antisemitismus unter Zuwanderern aus islamischen Ländern wurde weitgehend geschwiegen. Dasselbe gilt für allgemeinen und israelbezogenen Antisemitismus von Linken und Linksextremisten. Die Mobilisierung durch Linksextremisten bei diesen antiisraelischen und antisemitischen Demonstrationen und Aktionen – auch an Universitäten – spielte und spielt ebenfalls eine große Rolle.

Von Medien und in der Politik wurde zuvor aber meist nur der Antisemitismus von Rechtsextremisten thematisiert. Nach dem 7. Oktober 2023 bekannten einige Politiker: „Wir haben zu lange weggeschaut“. Nicht weggeschaut hat Iman Sefati. Und dafür und für seine wertvolle Arbeit erhält er heute von der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte den Medienpreis des Jahres 2025.

## Dankesrede des Preisträgers:

Sehr geehrte Damen und Herren,

sehr geehrte Mitglieder der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte, liebe Freundinnen und Freunde,

heute stehe ich hier – voller Dankbarkeit, Demut und Stolz. Vielen Dank, lieber Michael Leh, für Deine Laudatio, für die Würdigung meiner Arbeit und Vorstellung meiner Person. Ich danke der IGFM von Herzen für diese Auszeichnung. Sie ist für mich mehr als nur ein Preis – sie ist ein Zeichen der Anerkennung und Ermutigung für ei-

nen Kampf, den ich nicht allein führe. Ich führe ihn gemeinsam mit vielen anderen, die ihre Stimme gegen Hass, Gewalt und Unterdrückung erheben.

Ich bin Reporter geworden, weil ich an die Kraft der Wahrheit glaube. An die Verantwortung, hinzuschauen – gerade dann, wenn andere wegsehen. Und an die Pflicht, zu sprechen – besonders dann, wenn andere schweigen. Doch etwas hat sich verändert. Am 7. Oktober 2023 hat sich für mich – und für viele von uns – die Welt verändert.

Seitdem berichte ich fast täglich über den offenen Judenhass auf deutschen Straßen – besonders in Berlin. Demonstrationen, die auf den ersten Blick nach Solidarität mit Palästinensern aussehen wollen, sind in Wahrheit oft durchzogen von Hass auf Jüdinnen und Juden. Ich habe mit eigenen Augen gesehen und dokumentiert, wie in dieser freien Stadt Parolen wie „Hast du eine Waffe versteckt, gib Sie an Hamas oder bring die Juden um“ skandiert wurden. Wie jüdische Mitbürger angefeindet wurden. Ich habe gesehen, wie jüdische Studierende an Berliner Universitäten nicht zu Veranstaltungsräumen durften – nur, weil sie Juden sind. Ich habe gesehen, wie auf Kritiker und Gegendemonstranten mit Flaschen und Steinen geworfen wurde. Ich habe gesehen, wie deutsche Polizisten als „Nazis“ und „Rassisten“ beschimpft und mit Glasflaschen attackiert wurden.

Oft werde ich gefragt: „Findest du das Leid in Gaza nicht genauso schlimm?“ Natürlich ist es schlimm. Kriege sind immer schrecklich. Auch Verteidigungskriege. Aber dieser Krieg begann am 7. Oktober – mit einem barbarischen Massaker der Hamas an israelischen Zivilisten. Mehr als tausend Menschen wurden brutal ermordet – im Schlaf, beim Frühstück, auf der Straße. Babys, Kinder, Eltern, Großeltern. Jugendliche, die beim Tanzen ihre Freiheit gefeiert haben, wurden erschossen, vergewaltigt, entführt. Ihre halb nackten Leichen nach Gaza verschleppt. Diese Bilder werde ich nie vergessen.

Und dann sehe ich in Berlin Demonstrationen, bei denen genau diese Gewalt verherrlicht wird. Bei denen Terroristen gefeiert werden. Bei denen Israel

dämonisiert und Jüdinnen und Juden öffentlich verhöhnt werden. Ich hätte es nicht für möglich gehalten – in Berlin, inmitten von Freiheit und Demokratie, wird jüdisches Leben wieder zur Zielscheibe. Das zu dokumentieren ist nicht nur eine journalistische Aufgabe – es ist eine moralische Pflicht.

Ich will gern noch etwas über mein Herkunftsland Iran und meinen Werdegang sagen. Wie Michael schon sagte, wurde ich 1985 in Teheran geboren. Mein Vater Akbar Sefati war ein politisch engagierter Gegner des Mullah-Regimes und kämpfte aktiv gegen die Diktatur. 1988, nur wenige Tage bevor meine Schwester zur Welt kam, wurde er vom iranischen Regime hingerichtet. Man hatte ihn verhaftet, als er von einer Demonstration nach Hause zurückkehrte. Kurz darauf musste er sich einem Schauprozess stellen – ein Verfahren, das nur wenige Minuten dauerte, ohne rechtlichen Beistand, ohne echte Verteidigung. Das Todesurteil stand bereits fest.

Nach seinem Tod stand meine Mutter allein da und musste uns ohne Unterstützung großziehen. Es war für sie fast unmöglich, eine Arbeit zu finden, um uns zu finanzieren. In staatlichen Einrichtungen wurde sie nicht eingestellt, denn wir galten als „Verräterfamilie“. Nur in privaten Betrieben fand sie gelegentlich Arbeit – doch die Angst vor Repressionen war allgegenwärtig. Auch wir Kinder bekamen die Ausgrenzung zu spüren. Schon am ersten Schultag mussten wir uns vorstellen und sagen, wer unsere Eltern sind und welchen Beruf unser Vater hatte. Ich sagte voller Stolz, dass mein Vater ein Freiheitskämpfer war. Doch dieser Stolz brachte mir nur Probleme. Zweimal wurde ich aus der Schule entlassen.

Nach jeder dieser Entlassungen mahnte mich meine Mutter eindringlich: „Iman, erwähne nie wieder, dass dein Vater ein Freiheitskämpfer war. Sage es niemandem.“ Es war ihr Schutzmechanismus in einem System, das uns schon lange als Feinde abgestempelt hatte. Am 20. März 1999 schickte uns meine Mutter nach Deutschland, wo bereits unser Onkel in Hamburg lebte, in der Hoffnung, dass wir hier eine bessere Zukunft haben. Und tatsächlich: Wir haben hier alle Chancen bekommen.

Ich hatte mich schon früh für Politik interessiert, insbesondere für die Themen Iran und Judenhass. Zwischen 2002 und 2006 wurde ich mehrfach von der Deutschen Kinderkommission und dem Deutschen Bundestag eingeladen, um über die Situation von Flüchtlingskindern zu sprechen. Schon damals sprach ich offen über antisemitische Äußerungen in Flüchtlingsunterkünften und die Hetze gegen Juden und Israel im Iran. Im Iran herrscht immer noch ein Regime der Angst – ein System, das seine eigene Bevölkerung unterdrückt, foltert und zum Schweigen bringen will. Doch die Menschen schweigen nicht.

Trotz Folter, Gefängnis und dem ständigen Risiko, zu verschwinden, gehen sie weiter auf die Straße. Es sind vor allem mutige Frauen, die sich dem islamistischen Patriarchat entgegenstellen. Frauen, die ihre Hijabs ablegen, obwohl sie wissen, dass ihnen dafür Jahre im Gefängnis drohen. Sie lassen sich nicht einschüchtern – nicht von den Schlägern der Moralpolizei, nicht von den Mullahs, die ihnen vorschreiben wollen, wie sie zu leben haben.

Ich danke der IGFM auch besonders dafür, dass sie sich für die politischen Gefangenen im Iran eingesetzt hat, die vielen tapferen Frauen und Männer. Ich nenne stellvertretend nur die iranische Friedensnobelpreisträgerin Narges Mohammadi.

Ohne das Team von BILD, ohne die Unterstützung der BILD-Redaktion und selbstverständlich ohne die vielen Menschen, die mir Kraft gegeben und mir immer wieder positive Energie geschickt haben, hätte ich den Hass, den ich in den letzten 18 Monaten auf den Straßen in Berlin erlebt habe – dazu gehörten auch physische Bedrohungen – nicht überstanden.

Ich danke allen, die auch in den sozialen Medien meine Berichte und Videos geteilt haben, die meine Stellungnahmen gelesen und unterstützt haben und mir Kraft gegeben haben, wenn es schwer war. Ohne solche Menschen wäre ich oft allein gewesen.

Ich danke der IGFM noch einmal sehr herzlich für das Vertrauen, die Unterstützung und die Solidarität.



**Dr. Nabil Antaki**

Blaue Maristen  
Aleppo, Syrien

*Wir fürchten, dass eine oligarchische Tyrannei durch eine islamistische Tyrannei ersetzt wird.*

1963 brachte ein Staatsstreich die Baath-Partei in Syrien an die Macht, die das demokratische parlamentarische Regime abschaffte und ein autoritäres Einparteiensystem errichtete. Und seit 1970 wird Syrien von Assads Vater und Sohn regiert, die sich auf die Baath-Partei, die Geheimdienste und die Abschaffung der bürgerlichen Freiheiten stützen.

Im Jahr 2011 begann ein Aufstand gegen das despotische Regime von Assad und der Baath-Partei, zunächst mit friedlichen Protesten und dann mit einem bewaffneten Konflikt zwischen der syrischen Armee und den islamistischen dschihadistischen bewaffneten Gruppen, die 13 Jahre lang erfolglos versuchten, das Regime zu stürzen, wobei jede Seite von externen Mächten unterstützt wurde.

Am 8. Dezember 2024 gelang es 17 bewaffneten islamistischen Rebellengruppen unter der Führung von HTS (Hayaat Tahrir al Sham), das Regime zu stürzen und die Macht zu übernehmen. Sie haben in 13 Tagen erreicht, was sie in 13 Jahren nicht geschafft haben!

Zunächst gab es eine große Erleichterung in der Bevölkerung mit der Abschaffung des Wehrdienstes, der bis zu 9 Jahre dauern konnte, der Freilassung von Gefangenen, der Unterdrückung der zahlreichen Geheimdienste usw. Doch seit dem 8. Dezember

herrscht Unordnung und Chaos: Abschaffung der Verfassung und Auflösung des Parlaments, der Armee und der Polizei, Entlassung von mehr als 300.000 Verwaltungsangestellten.

Und die Situation ist auf allen Ebenen verworren:

**1. Auf militärischer Ebene** kontrolliert das neue Regime nur einen Teil Syriens. Der Nordwesten steht unter türkischer Kontrolle, die beiden südlichen Provinzen, Daraa und Sweida, stehen unter der Kontrolle lokaler Milizen und Israel hält einen Teil des Grenzgebiets besetzt. In den letzten Tagen wurde eine Vereinbarung mit den Demokratischen Kräften Syriens (Kurden), die den Nordosten Syriens kontrollieren, unterstützt von den Amerikanern, und mit der drusischen Gemeinschaft, die Sweida kontrolliert, getroffen.

**2. Auf der Sicherheitsebene:** Verbrechen und Diebstähle haben aufgrund der Armut und des Fehlens von Polizei zugenommen. Willkürliche Verhaftungen und Hinrichtungen finden jeden Tag statt. Die Behörden sind der Meinung, dass angesichts der Situation mehr hätte erwartet werden müssen, und sie bezeichnen sie als Einzeltaten, aber ihre Anzahl und Wiederholung lassen uns glauben, dass sie zumindest ihre Truppen nicht kontrollieren. Die Militäroperation in der Küstenregion vom 6. bis 8. März auf der Suche nach den Überresten des alten Regimes hat sich in ein Massaker an Alawiten und auch Christen verwandelt: Zwischen 1.600 und 3.000 Menschen wurden getötet.

**3. Auf politischer Ebene:** Der Führer der HTS wurde von den Vertretern der bewaffneten Gruppen zum Präsidenten der Republik ernannt. Er rief



**Karl Hafen**, ehem. Geschäftsführender Vorsitzender, bei seiner Dankesrede über die Blauen Maristen

# Vorträge und Grußworte

eine Übergangszeit von 3 bis 5 Jahren aus und kündigte einen Fahrplan an, der aus folgenden Elementen besteht:

Eine nationale Konferenz von Vertretern aller Teile Syriens: Diese fand statt, mit 600 Personen, die von der neuen Autorität ausgewählt wurden, und dauerte nur einen Tag, wobei eine Erklärung mit schönen Resolutionen abgegeben wurde, die im voraus vorbereitet worden waren.

Ein Juristenausschuss, der eine Verfassungserklärung ausarbeiten soll, die als provisorische Verfassung für die Übergangszeit dienen soll. Die provisorische Verfassung wurde am 13. März proklamiert und besagt, dass das Regime ein präsidentiales Regime ist, dass alle Bürger unabhängig von ihrer Religion, ihrem Geschlecht oder ihrer ethnischen Zugehörigkeit die gleichen Rechte haben. Jedoch ist die Religion des Präsidenten der Islam und die islamische Rechtsprechung ist die Hauptquelle der Gesetzgebung. Schließlich werden die Mitglieder des Übergangsparlaments vom Präsidenten ernannt.

Eine Übergangsregierung, die den Übergang leitet, der drei Jahre dauern soll, um die derzeitige Regierung zu ersetzen, die die Provinz Idlib, die Hochburg der bewaffneten Gruppen, regierte. Die Ernennung eines gesetzgebenden Organs, das während des Übergangs Gesetze erlassen würde. Ein Komitee für die Ausarbeitung einer neuen Verfassung in drei Jahren. Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in 3 bis 5 Jahren.

**4. Auf wirtschaftlicher Ebene:** eine große, unerträgliche Krise. Mehr als eine Million neue Arbeitslose ohne Einkommen für drei Monate (alle Teile von Armee und Polizei wurden aufgelöst, 300.000 Beamte entlassen).

**5. Auf der Ebene der Freiheiten:** Meinungsfreiheit ist vorhanden. Syrer toben sich nach mehr als 60 Jahren Entbehrungen in der Öffentlichkeit und in den sozialen Netzwerken aus. Die Freiheit der Religionsausübung wird gewahrt. Aber:

HTS ist eine terroristische Gruppe, die von den Vereinten Nationen, der EU und den USA als solche deklariert wurde und zunächst mit ISIS, dann mit Al

Qaida unter dem Namen Al Nosra verbunden und schließlich unabhängig ist. Die neuen Führer sind salafistische Dschihadisten, die sich durch den Terror gekämpft haben, um einen islamistischen Staat mit der Scharia als Quelle der Gesetze zu errichten. Obwohl ihre Aussagen mittlerweile sehr moderat ausfallen, ist das Verhalten ihrer Truppen vor Ort ein völlig anderes. In den Reden der neuen Führer werden die Worte „Freiheit“, „Souveränität“ und „Gleichheit“ wiederholt, aber nie die Worte „Demokratie“, „zivililer oder säkularer Staat“.

Die viel proklamierte Übergangsjustiz (die Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilen sollte, die nicht nur von Mitgliedern des alten, sondern auch von neuen Regimes begangen wurden) ist nicht am Werk. Sie ist derzeit eine Justiz der Rache, der standrechtlichen Hinrichtungen und der willkürlichen Verhaftungen.

Obwohl nicht offiziell proklamiert, ist die Islamisierung am Werk: Verbot des Essens oder Rauchens für alle während der Fastenstunden im Ramadan, Anstiftung zum Tragen des Schleiers, Trennung von Jungen und Mädchen in Schulen und öffentlichen Verkehrsmitteln, Bau von Moscheen auf dem Universitätscampus. Zerstörung von Kreuzen auf Gräbern auf einigen christlichen Friedhöfen, Misshandlungen in einigen christlichen Dörfern. Die Absage bestimmter Foren und Kongresse der Zivilgesellschaft.

## 6. Erwartung, Angst und Hoffnung

Nach 63 Jahren despotischem Regime streben die Syrer nach einem freien Leben in einer Demokratie, in einem Rechtsstaat, in dem alle Bürger gleich sind und in dem die Menschenrechte geachtet werden. Wir haben jedoch Angst vor der Zukunft. Wir fürchten, eine oligarchische Tyrannei durch eine islamistische Tyrannei zu ersetzen. Wir haben jedoch keine andere Wahl, denn es gibt keine Alternative.

Wenn das neue Regime scheitert, wird es einen Krieg zwischen rivalisierenden Fraktionen wie in Libyen oder eine Zersplitterung Syriens in Mini-Konfessionsstaaten geben. Die Syrer haben die Nase voll von Entbehrungen und Mangel. Dem derzeitigen Regime

muss geholfen werden, das tägliche Leben der Syrer zu verbessern, indem die Sanktionen aufgehoben werden, die die Menschen seit 14 Jahren erschöpft haben.



## Karzan Noori

Barzani-Stiftung, Irak

Wir müssen zurückgehen in die Jahre 2013 und 2014. Damals kam es zur Verfolgung der Jesiden durch den ISIS und Tausende haben die Grenzen zur Region Kurdistan im Irak überquert.

Unsere Region hat sich schon immer dadurch ausgezeichnet, dass sie ein Ort für Araber, Kurden, Jesiden, Christen und Muslime ist. Alle lebten friedlich zusammen. In jüngster Vergangenheit haben leider mehr als 100.000 Jesiden ihre Heimat verlassen und sind entweder nach Europa oder Amerika ausgewandert. Die Wurzeln der Jesiden liegen aber in der Region Sinjar. Anstatt nach Europa zu gehen sollten die Menschen vor Ort bleiben.

Es gibt inzwischen nur noch wenige internationale Organisationen, die in unserer Region aktiv Hilfe leisten. Wir nutzen deshalb die Chancen aufgrund der Zusammenarbeit zwischen der Barzani-Stiftung und der IGFM. Ich möchte der IGFM meine aufrichtige Anerkennung für ihre kontinuierliche Unterstützung von Beginn der Krise bis heute aussprechen.

Wir haben zusammen Berufsausbildungen für die Mädchen und Jungen der jesidischen Gemeinschaft vorbereitet, um ein neues Leben zu beginnen, nicht nur für sich selbst, sondern auch für die Gemeinschaft. Wie Sie sehen, gibt es verschiedene Berufsausbildungen wie Schreinerei, Ei-

## Vorträge und Grußworte

senschweißen oder Elektrik, von denen viele Menschen direkt oder indirekt profitieren.

Sie werden vielleicht denken, dass der Irak ein reiches Land ist. Warum sollten sie das Land unterstützen? Wir sind uns einig, dass der Irak ein reiches Land ist, aber leider kommt das Geld nicht bei den Menschen an. Wenn Sie nur in die Lager gehen, würden Sie das erkennen. Gleichzeitig fordern wir von der irakischen Regierung eine bessere Regierungsführung zum Schutz der Binnenvertriebenen und Flüchtlinge.



### Dr. Lew Ponomarev

Sacharow-Institut, Paris  
Mitbegründer von Memorial, Russland

Die Welt befindet sich in einer globalen Krise, die gekennzeichnet ist durch den größten militärischen Konflikt auf dem europäischen Kontinent seit dem Zweiten Weltkrieg – die Aggression Russlands gegen die Ukraine, die bereits Hunderttausende von Menschen getötet hat. Gleichzeitig verschlechtert sich die Lage im Nahen Osten und in Afrika.

Wir sehen die Abwertung der Menschenrechte und des Völkerrechts sowie der Institutionen, die von den Vereinigten Staaten zu ihrer Aufrechterhaltung geschaffen wurden. In dieser Situation hängt alles von Europa ab. Wir hoffen auf eine entschiedeneren Beteiligung Europas am Verhandlungsprozess sowie an der Schaffung echter Sicherheitsgarantien für die Ukraine und einer wirksamen Kontrolle.

Wir fordern nachdrücklich, keine Zugeständnisse an Trump zu machen, wenn er weiterhin versucht, Putin zu beschwichtigen und das Problem der Waffenruhe ausschließlich auf Kosten der Ukraine zu lösen.

Am 4. Februar 2025 haben ukrainische und russische Menschenrechtsaktivisten die Kampagne „People First“ ins Leben gerufen. Es lohnt sich auch, die Erklärung der UN-Sonderbericht-erstatte r und Experten zu beachten, die dazu aufrufen, rechtliche und humanitäre Fragen in den Vordergrund der politischen Verhandlungen zu stellen. Sie betonten, dass der russische Staat sowohl für die Aggression gegen die Ukraine als auch für die repressive Politik in seinem Land zur Rechenschaft gezogen werden muss.

In diesem Appell betonen sie: Die Aggression gegen die Ukraine ist eine direkte Folge des Systems des Machterhalts, das in Russland in den letzten zwei Jahrzehnten durch Unterdrückung und Verletzung der Menschenrechte festzustellen ist. All dies ist Ursache für den Krieg gegen die Ukraine geworden und verschärft sich weiter. Die Gefahr wird nicht gebannt, ein dauerhafter Frieden wird nicht aufgebaut werden, wenn sich das Wesen des politischen Regimes in Russland nicht ändert.

Wenn dies geschieht, wird die Zivilgesellschaft viel mehr Möglichkeiten haben, Einfluss auf die Situation im Land zu nehmen. Wenn man über die Zivilgesellschaft spricht, ist es wichtig, sich vor Augen zu halten, dass es sie in Russland gibt.

Sie besteht sowohl aus aktiven Menschenrechtsverteidigern, von denen es Dutzende in verschiedenen Regionen Russlands gibt, als auch aus zivilen Aktivisten, sozialen Protestgruppen, einschließlich eines Protests gegen die Mobilisierung, und der Freiwilligenbewegung.

Und schließlich durch politische Strukturen: die Jabloko-Partei (die seit den ersten Kriegstagen für einen Waffenstillstand und Repression eintritt), die Antikriegspolitiker Boris Nadeschdin und Jekaterina Duzowa, die in den Regionen viele Unterstützer um sich geschart haben.

All dies ist die Grundlage für einen aktiven politischen Prozess in der Zukunft.

Im Zusammenhang mit der Verschärfung der sozialen Probleme sind alle diese Personen gefragt. Ihre Tätigkeit kann im juristischen Bereich ausgeübt werden, wenn sie nicht die heikelsten Fragen des Krieges berührt. Wir müssen und können diese Menschen unterstützen.



### Leonid Morozov

in Vertretung von Svitlana Tichanowskaja, gewählte Präsidentin von Belarus

Sehr geehrte Damen und Herren, geschätzte Mitglieder der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte,

es ist mir eine Ehre, Sie heute im Namen von Svitlana Tichanowskaja, der gewählten Präsidentin von Belarus, zu begrüßen. Ich spreche der IGMF meinen aufrichtigen Dank dafür aus, dass sie sich unermüdlich für die Menschenrechte einsetzt und an der Seite derjenigen steht, die mutig gegen totalitäre Regime kämpfen.

Ich möchte Sie daran erinnern, dass es heute mindestens 1.203 politische Gefangene in Belarus gibt. Einige der politischen Gefangenen werden vom Regime in strenger Isolation gehalten. Ihnen wird das Recht auf Korrespondenz, Telefonate und Besuche, auch von Anwälten, vorenthalten. Und wir alle wissen, dass eine längere Isolationshaft die Ausübung von Folter begünstigen und an sich schon eine Form grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung darstellen

# Vorträge und Grußworte

kann. Ein Bericht der Gruppe unabhängiger Experten zur Lage der Menschenrechte in Belarus vom Februar enthält weitere Beweise für Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die das Lukaschenko-Regime seit 2020 begangen hat.

Wir sind dankbar für die Solidarität und Unterstützung von Organisationen wie der IGFM, die unsere Stimmen verstärken, Ungerechtigkeiten aufdecken und dazu beitragen, dass die Verantwortlichen für Unterdrückung und Menschenrechtsverletzungen zur Rechenschaft gezogen werden.

Im Namen von Svitlana Tichanowskaja und allen Belarusen, die für die Freiheit kämpfen, danke ich Ihnen für Ihre Unterstützung, dafür, dass Sie uns zur Seite stehen und dafür, dass Sie beweisen, dass Menschenrechte keine Grenzen kennen. Gemeinsam werden wir dafür sorgen, dass die Gerechtigkeit siegt.



## Sajid Christopher

Human Friends Organization (HFO)  
Lahore, Pakistan

Wie Sie alle wissen, ist Pakistan ein islamisches Land, 95 % der Bevölkerung sind Muslime und 5 % gehören anderen religiösen Minderheiten, 2 % sind Christen.

Gegenüber Christen oder anderen religiösen Minderheiten gibt es in Pakistan viele Fälle von Verfolgung und Menschenrechtsverletzungen. Dabei geht es um Blasphemie, Zwangskonvertierung, Entführung und Zwangsheirat von christlichen und hinduistischen Mädchen, Diskriminierung und

natürlich um Schuldnechtschaft, eine Art Sklaverei, der diese Familien dort ausgesetzt sind.

Sie sind wie Sklaven, verschuldet, und können diese Ziegeleien jahrelang nicht verlassen. Die ganze Familie, Mann, Frau und Kinder, sie alle sind gezwungen, in den Ziegeleien als Sklaven zu arbeiten. Pakistanische Christen sind in allen Lebensbereichen Diskriminierung und Verfolgung ausgesetzt. Als religiöse Minderheit arbeiten sie oft unter ausbeuterischen Arbeitsbedingungen, insbesondere in Ziegeleien, als Hausangestellte, im Sanitärbereich und in der Landwirtschaft.

Im Jahr 2024 haben wir bei der Human Friends Organization 33 Fälle von Blasphemie, Zwangskonvertierungen, Zwangsehen und den Fall Babur Masih bearbeitet, und ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können, dass wir von diesen 33 Fällen 19 Menschen durch Gerichte und Mediation erfolgreich gerettet haben. 19 Menschen, die jetzt in Freiheit leben. Unter diesen 19 Menschen sind Christen, Ahmadis und Hindus, denn wir setzen uns für alle ein, und unser Rechtsteam arbeitet mit großer Leidenschaft und Hingabe.



Igor Eidman (li.) mit Dolmetscher Dima Rahr

## Igor Eidman

Forum russischsprachiger Europäer

Zunächst möchte ich mich bei der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte für die Einladung bedanken.

Ich kenne diese Organisation seit langem und habe gesehen, wie sie ihre ersten Schritte in der Sowjetuni-

on während der Perestroika-Periode unternommen hat, als die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte eine der Organisationen wurde, die die Fahne des Kampfes für die Menschenrechte in der sterbenden Sowjetunion hochhielt, als die demokratischen Prozesse dort ihren Anfang nahmen.

Ich habe die politischen und menschenrechtlichen Prozesse in Russland seit Gorbatschows Perestroika miterlebt, und vor meinen Augen bewegte sich das Land auf die Demokratie zu. Wir hatten das Gefühl, dass in diesem Land eine Demokratie eingeführt werden könnte und die Menschenrechte und Freiheiten gesetzlich geschützt würden. Aber all dies endete in einem völligen Zusammenbruch und Russland wurde noch unfreier und noch gefährlicher für die Außenwelt als es ohnehin schon war.

Die Verteidigung der Menschenrechte, die Verteidigung der demokratischen Werte ist das wichtigste Ziel. Jetzt müssen sich die Europäer gegen diese Bedrohung der Demokratie zusammenschließen, die Bedrohung, dass die Welt in das dunkle Zeitalter zurückkehrt, als die Persönlichkeit und das menschliche Leben wertlos waren.

Die Demokratie, die Menschenrechte und die Freiheiten werden noch mehr geschützt werden müssen. Die Zukunft gehört ihnen, selbst in den Ländern, in denen sie noch nicht florieren und die Menschen sie nicht frei genießen können. Selbst in diesen Ländern ist der Triumph dieser Werte und Ideale, die wir teilen, unvermeidlich.



Prof. Dr. Thomas Schirmacher, Präsident des Internationalen Rates der IGFM, mit IGFM-Schatzmeister Heinz Josef Ernst

# Einnahmen-/Ausgabenrechnung

für das Rechnungsjahr 2024 vom 01.01. – 31.12.2024

## A. Einnahmen

1.	Spenden	1.028.656,33 €
2.	Sachspenden	6.417,84 €
3.	Mitgliederbeiträge	31.647,56 €
4.	Verkauf	0,00 €
5.1	Zweckgebundene Zuschüsse (Projektmittel)	157.743,46 €
6	Bußgelder	1.300,00 €
6.2	BFD-Zuschüsse	0,00 €
7.	Zinsen	8.685,60 €
8.	Erbschaften/Vermächtnisse	234.776,19 €
9.	Jahresversammlung	4.775,20 €
10.	Mieteinnahmen	0,00 €
11.	sonstige Einnahmen	176,01 €

### Summe A

**1.474.178,19 €**

## B. Ausgaben

1.	Russland/Ukraine	272.537,45 €
2.	sonstige Ost- und Südosteuropa	167.530,35 €
3.	Lateinamerika	24.495,16 €
4.	Afrika	38.541,10 €
5.	Asien	1.260,01 €
6.	Religionsfreiheit / verfolgte Christen	44.556,66 €
7.	Naher Osten	100.664,60 €
8.	Allgem. Menschenrechtsarbeit	197.843,60 €
9.	Allg. Verwaltungskosten	239.962,94 €
10.	Internationale Projektarbeit	131.618,57 €
11.	BFD-Aufwand	
12.	sonstiger Aufwand	17.106,72 €
13.	Jahresversammlung	33.291,43 €
14.	Afa	3.722,98 €
15.	Kosten des Geldverkehrs	4.789,49 €
16.	Aufwand Int. Rat/Sektionen	139.208,53 €

### Summe B

**1.417.129,59 €**

### Überschuss

57.048,60 €

### Gesamtsumme

**1.474.178,19 €**

## Bescheinigung des Prüfers

An den Verein Internationale Gesellschaft für Menschenrechte e. V., Frankfurt a. M.

Wir haben die Jahresrechnung – bestehend aus Einnahmen-/Ausgaben-Rechnung sowie Vermögensrechnung – unter Zugrundelegung der Buchführung des Vereins Internationale Gesellschaft für Menschenrechte e. V., Frankfurt a. M., für das Geschäftsjahr vom 1.1.2024 bis 31.12.2024 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht die Jahresrechnung den gesetzlichen Vorschriften und ihrer Auslegung durch die IDW RS HFA 14.

Frankfurt am Main, 28. Februar 2025

W + ST Wirtschaftsprüfung GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. K. Hövermann  
Wirtschaftsprüfer

F. Waldmann  
Wirtschaftsprüfer

## Spendenkonto

Bank für Sozialwirtschaft • IBAN: DE66 3702 0500 0001 4036 01 • BIC: BFSWDE33XXX

## Impressum

Tätigkeitsbericht der IGFM für das Jahr 2024

Herausgeber: Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM), Deutsche Sektion e.V.

Redaktion: Edgar Lamm

Anschrift: IGFM, Edisonstr. 5, D-60388 Frankfurt am Main • Tel.: 069 - 420 108 0 • Fax: 069 - 420 108 33 • e-mail: info@igfm.de • Internet: www.igfm.de  
Satz und Layout: Manuel Kimmerle • Druck: johnen-druck, Bernkastel-Kues • Fotos: IGFM, Witold Franke, Michael Leh